

Zeichen der Zeit : verweigerte Trauerarbeit

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **89 (1995)**

Heft 6

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeichen der Zeit

Verweigerte Trauerarbeit

Wie schwer die offizielle Schweiz sich tut, ihre Politik der Anpassung während der Zeit des Nationalsozialismus und Faschismus zu verarbeiten, haben die Gedenkveranstaltungen zum Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai erneut bestätigt. Im Mittelpunkt standen zwei bundesrätliche Reden, die ein unterschiedliches, ja gegensätzliches Echo fanden: Während Bundespräsident Kaspar Villiger für seine «Entschuldigung» gegenüber den Opfern des 1938 eingeführten Judenstempels breite Zustimmung erhielt, hat Bundesrätin Ruth Dreifuss mit ihrem Hinweis auf das Anpassertum bürgerlicher Eliten wütende Proteste ausgelöst. Was bedeuten diese unterschiedlichen Reaktionen? «Unfähigkeit zu trauern»? Unverarbeitete Vergangenheit, die uns jederzeit wieder einholen kann?

Entschuldigung als Alibi?

Die Entschuldigung des *Bundespräsidenten* am 7. Mai im Bundeshaus hätte allerdings entschiedener ausfallen, mit der historischen Wahrheit genauer umgehen dürfen. Wenn Kaspar Villiger sagt: «Mit der Einführung des sogenannten *Judenstempels* kam Deutschland einem Anliegen der Schweiz entgegen», so ist das eine Verharmlosung. Es war das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), das Nazideutschland geradezu drängte, die Pässe deutscher Jüdinnen und Juden mit einem «J»-Stempel zu kennzeichnen. Es ging bei diesem «Anliegen» also um nichts weniger als um «vorausschauende Unmenschlichkeit», wie Adolf Muschg an der Anderen Veranstaltung der SPS am 7. Mai sagte. «Haben auch bei dieser Frage antisemitische Gefühle in unserem Land mitgespielt?» Wie kann Villiger so naiv

fragen, wo die Schweiz alles daran setzte, um die verfolgten Jüdinnen und Juden als «Flüchtlinge aus rassistischen Gründen» wieder ins Reich zurückschicken zu können?

Gewiss, «der Bundesrat bedauert das zutiefst, und er entschuldigt sich dafür, im Wissen darum, dass solches Verhalten letztlich unentschuldigbar ist». Doch schon im nächsten Satz entschuldigt sich der Bundespräsident für seine Entschuldigung: «Wohl alle, die damals Verantwortung für unser Land trugen, richteten ihr Handeln nur nach dem Wohl des Landes aus, wie sie es empfanden und sahen. Sie heute an den Pranger zu stellen, wäre ungerecht...» Entweder haben Eduard von Steiger (BGB, heute SVP) als Vorsteher des EJPD und sein Polizeichef Heinrich Rothmund diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten, und dann ist solches Versagen wirklich «unentschuldigbar», oder wir versagen uns das Urteil über diese antisemitische Kumpanei mit Nazideutschland, und dann gibt es auch nichts zu «entschuldigen». Villiger hat sich gleich für beide Varianten entschieden. Er hätte besser geschwiegen. Was ja auch seine ursprüngliche Absicht war, da er bekanntlich nur des Kriegsbeginns und nicht auch des Kriegsendes gedenken wollte...

Nicht entschuldigt hat sich der Bundespräsident für den Rest der historischen Wahrheit. Nicht für die *Kriegsgewinnler*. Denn: «Die Sorge unserer Wirtschaftsdiplomatie war stets nur die Sicherstellung der Versorgung, nicht die geldgierige Kollaboration.» Nicht für den blühend-blutigen *Waffenhandel* mit den Achsenmächten. Denn: «Nach den Siegen Hitlers musste Deutschland mit Kriegsmaterial beliefert werden.» Nicht für die *Unterdrückung linker Parteien*, während die Nazifreunde

noch bis Stalingrad ihr Unwesen treiben durften, und nicht für die Knebelung jener *Presse*, die den verbrecherischen Charakter des Naziregimes von allem Anfang an durchschaute. Denn: «Die geistig-moralische Widerstandsfähigkeit der eingeschlossenen Schweiz gegen totalitäre Versuchungen im eigenen Land war und ist eine grossartige kollektive Leistung unseres Volkes.» (Oder spricht hier Villiger mit Absicht nicht auch von der Regierung, wohl wissend, wie diktatorisch sie sich gebärdete?)

«Auch die Kritiker», meint Villiger, «müssen die Antwort auf die Frage letztlich schuldig bleiben, ob und wie die Schweiz auf andere Art hätte überleben können.» Darauf hat bereits 1945 *Leonhard Ragaz* erwidert, dass es tatsächlich keinen andern Weg als den der «Anpassung» gegeben habe. «Aber nicht, weil er der bessere gewesen wäre, sondern weil wir, so wie wir sind und waren, nicht fähig gewesen wären, den andern zu gehen.» Und noch ein «Aber» fügte Ragaz hinzu: «Aber – und das ist ein starkes Aber! – sollen wir daraus nachträglich, uns selbst und andere belügend, einen Weg der Ehre machen?» (NW 1945, S. 323).

Im letzten Heft unserer Zeitschrift hat der Historiker *Stefan Mächler* empfohlen, das damalige Verhalten der Schweiz «nach politischer Scham und Schuld» zu unterscheiden: «Scham wäre dort angebracht, wo die Schweiz nicht anders konnte, weil die objektiven Anforderungen ihre Fähigkeit überstiegen; Schuld dort, wo sie zwar über die Mittel für ein anderes Verhalten verfügte, aber diese nicht ausschöpfte» (NW 1995, S. 147). Die Schweiz habe «zu dem tatsächlichen Zwang und Druck von aussen noch viel aus dem Eigenen hinzugefügt, viel Feigheit vor allem», urteilte schon Ragaz. «Auch unter Zwang und Druck» gebe es «noch die Wahl einer doppelten Haltung: einer der Würde und einer der Unwürde.» Die Schweiz habe «die zweite Haltung gewählt».

Der Bundespräsident hat es nicht für nötig gefunden, zu dieser *Unterscheidung der Geister* beizutragen. Er hat nur jenen

Teil der historischen Wahrheit zugelassen, der nicht mehr zu unterschlagen war. Aber selbst diese halbherzige «Entschuldigung» für «Unentschuldbares», über das wir uns dennoch «nicht zum Richter aufschwingen» sollen, erweist sich als rhetorisches Alibi. Es verschleiert, ja tabuisiert, was darüber hinaus zu verarbeiten und als Schuld anzuerkennen wäre: den Antisemitismus und weitere Ursachen einer willfährigen Kollaboration mit dem Naziregime, die weit über das hinausging, was nötig war, wenn man schon den Widerstand nicht wagen wollte und konnte.

Verdrängte Vergangenheit

Ganz anders die Rede, die *Ruth Dreifuss* am 8. Mai in Thun gehalten hat. Statt wie Villiger zu fragen, ob beim Judenstempel «antisemitische Gefühle» mitgespielt hätten, nannte sie diesen «eine antisemitische Ungeheuerlichkeit, für die es auch angesichts der sehr schwierigen Zeit aus heutiger Sicht keine Rechtfertigung geben darf». Statt wie der Bundespräsident die «geldgierige Kollaboration» zu leugnen, sprach die Sozialdemokratin von Geschäften «mit Fluchtgeld, Raubgold von KZ-Opfern und Waffen». Und an Stelle des uneingeschränkten Lobes für «die geistig-moralische Widerstandsfähigkeit der eingeschlossenen Schweiz» gab es in der Dreifuss-Rede «*Anpasser und Demokratieabbauer noch und noch*». Die Bundesrätin dachte dabei «nicht in erster Linie an die fanatisierten Fröntler, sondern an Vertreter bürgerlicher Eliten». Es folgte die Mahnung: «Dass ihre Haltung auch im Bundesrat stark vertreten war, soll uns stets wachsam halten.»

Doch soviel Wachsamkeit darf nicht sein, auch nicht angesichts historisch gesicherter Wahrheit. «Man kann nicht den Zweiten Weltkrieg zum *Wahlkampfsschlager* machen», wettete der Generalsekretär der CVP. «Wahlpolitische Propaganda» sei das gewesen, meinten auch der Generalsekretär der FDP und die Generalsekretärin der SVP. Offenbar ist die historische Wahrheit erst dann gefährlich, wenn ein Mitglied

des Bundesrates sie ausspricht. Mögen noch so viele Historiker und Historikerinnen sich um die traurige Vergangenheit der Schweiz im Zweiten Weltkrieg bemühen, solange diese Forschungsergebnisse auf die Universitäten beschränkt bleiben, sind sie unbedenklich. Was es zu verhindern gilt, ist ein neues Geschichtsbild, das den Mythos einer demokratischen und widerständigen, der «bewaffneten Neutralität» verpflichteten Schweiz erschüttern könnte.

Was ganz und gar nicht zu diesem Mythos passt, sind die *Anpasser*, die selbst im Bundesrat sassen: Eben jener Berner SVP-Mann von Steiger, der die Asylverhinderungspolitik der Schweiz mit dem Bild vom «vollen Boot» rechtfertigte, derweil sein Adlatus Rothmund alles unternahm, um die «Verjudung der Schweiz» zu verhindern. Oder der Waadtländer Freisinnige Marcel Pilet-Golaz, der 1940 die Frontenführer der Schweiz empfing und seine berühmte Anpassungsrede hielt. Oder Philipp Etter, der diese Rede in der deutschen Version vorgetragen und noch verschärft hatte; derselbe Etter, der sich für die «autoritäre Demokratie» begeisterte und sich von Gonzague de Reynold beraten liess, einem erklärten Feind der Demokratie, der die Schweiz zu einem «christlichen Staat» nach den klerikalfaschistischen Vorstellungen des portugiesischen Diktators Salazar machen wollte. Oder Guiseppe Motta, der Mussolini als «grossen Führer» pries, und das noch 1938, nach dem verbrecherischen Überfall Italiens auf Abessinien und nach dem Verrat an der Tschechoslowakei in München. Oder Etters katholisch-konservativer Vorgänger Jean-Marie Musy, dessen autoritäres Gebaren selbst dem damaligen Bundesratskollegium zuviel wurde, und der nach seinem Rücktritt bei der extremen Rechten Anschluss suchte, gar mit Hilfe eines SS-Studios in München den antisozialistischen Hetzfilm «Die rote Pest» produzierte.

Wer will, kann das alles in der *neueren Geschichtsschreibung* nachlesen, zum Beispiel in Hans Ulrich Josts Schrift «Die reaktionäre Avantgarde» oder in Aram Mattiolis Buch über Gonzague de Reynold.

Wer will..., aber warum wollen gerade die Nachfahren jener Parteien nicht, die sich gegenüber dem faschistischen Ungeist als zu wenig immun erwiesen haben? Hätte diese Verarbeitung der Vergangenheit Konsequenzen, die Parteisekretäre von Amtes wegen scheuen?

Wie müsste zum Beispiel die CVP den *politischen Katholizismus* ihrer Vergangenheit aufarbeiten? In diesem Heft (S. 166) wird Karl Barth zitiert, für den das Unheil des Faschismus damit beginnt, dass ein Volk sich «nach besonderen Führern und Autoritäten» richtet, dass es «nach irgendwelchen Befehlen von oben» fragt, «statt seine Regierung in aller Ruhe als seine eigene Sache zu betrachten». Trifft diese Charakterisierung nicht auch auf das katholische Milieu zu, das bis zum Zweiten Vatikanum «ad intra» durch die Kleruskirche beherrscht wurde und darum auch «ad extra» für autoritäre Regime anfällig war? Und wie ist es heute? Es können nicht zwei sich widersprechende Menschenbilder nebeneinander bestehen: ein demokratisches im Staat und ein autoritäres in der Kirche. Obsiegt das autoritäre in der Kirche, so werden die noch verbliebenen Restbestände katholischer «Laien» über kurz oder lang auch in der Politik autoritäre Lösungen befürworten. Auch der CVP müsste die Aufarbeitung ihrer Vergangenheit ein zentrales Anliegen sein...

«*Demokratieabbauer noch und noch*» hat es nach Ruth Dreifuss in den 30er und 40er Jahren gegeben. Es gibt sie auch heute wieder. Direkte Demokratie stört die Profiteure des totalen Marktes. Bundesrat Koller (CVP) plant daher mit seiner Totalrevision der Bundesverfassung eine massive Einschränkung des Initiativ- und Referendumsrechts. Direkte Demokratie stört auch die Profiteure der Rüstungsindustrie. Sollten die eidgenössischen Räte die «Kostenhalbierungsinitiative» für Armeeausgaben als ungültig erklären, wäre dies ein weiterer Schritt von der lebendigen zur gebändigten – oder schon wieder «autoritären»? – Demokratie. Die Vergangenheit, die verdrängt statt verarbeitet wird, holt uns früher oder später wieder ein.